

# Keine Arbeit durch Wachstum\*

von Kay Bourcarde und Christian Tripp

*„Wachstum schafft Arbeit“<sup>1</sup> – mit diesem Slogan brachte Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Bundestagswahlkampf den Stellenwert von Wirtschaftswachstum für ihre Arbeitsmarktpolitik auf den Punkt. Sie befindet sich damit nicht nur im Einklang mit den Vorstellungen der meisten anderen Parteien, sondern auch mit dem „Mainstream“ der Wirtschaftswissenschaften, der Wachstum zumeist als Voraussetzung für die Schaffung oder zumindest den Erhalt von Arbeitsplätzen sieht. Wie unwahrscheinlich es ist, den langfristigen linearen Wachstumstrend der deutschen Volkswirtschaft zu verlassen und so tatsächlich noch ein beschäftigungswirksames Wirtschaftswachstum zu erreichen, bleibt meist unbeachtet. Dabei zeigt doch das abgelaufene Jahrzehnt, dass keine Arbeit durch mehr Wachstum geschaffen werden konnte, sondern sich vielmehr ein sinkendes Arbeitsvolumen auf mehr Erwerbstätige verteilt hat.*

*Der Preis hierfür ist allerdings ein zunehmend von Unsicherheit geprägter Arbeitsmarkt. Angesichts des demographischen Wandels erscheint für die Zukunft eine auf Wachstum basierende Arbeitsmarktpolitik noch weniger einleuchtend: Selbst wenn wider Erwarten ein dauerhaft höheres Wachstum erreicht werden könnte, so die abschließende These des Aufsatzes, würden hiervon wahrscheinlich vor allem jene Gruppen profitieren, die ohnehin am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen sind.*

## 1 Wachstum und Arbeit

„**W**as den Kampf gegen Arbeitslosigkeit betrifft, gibt es kaum ein besseres Instrument als ein kräftiges, längerfristig angelegtes Wirtschaftswachstum“<sup>2</sup> – so lautet eines der häufigsten Argumente für die Notwendigkeit von Wachstum. Tatsächlich ist der grundsätzliche Zusammenhang zwischen Wachstum und Arbeit zunächst einmal einleuchtend: Wie oftmals anhand der Einführung der Fließbandproduktion durch Henry Ford in der Automobilproduktion illustriert wird,<sup>3</sup> steigt aufgrund des technischen Fortschritts die Arbeitsproduktivität an. In Deutschland können die Erwerbstätigen pro Arbeitsstunde heute durchschnittlich viermal so viele Waren und Dienstleistungen produzieren wie noch 1960.<sup>4</sup>

Dank der steigenden Produktivität kann also mit der gleichen Anzahl von Arbeitsstunden mehr produziert werden – oder aber das Gleiche mit weniger Arbeitsstunden. Produktivitätszuwächse sind damit ein zweischneidiges Schwert: Einerseits sind sie eine wichtige Grundlage für steigenden ökonomischen Wohlstand in einem Land.<sup>5</sup>

Andererseits kann Arbeitslosigkeit entstehen, wenn das Wirtschaftswachstum dem Produktivitätszuwachs hinterherhinkt. Als mögliches Gegenmittel werden insbesondere seit den 1970er Jahren Arbeitszeitverkürzungen diskutiert.<sup>6</sup> Der sinkende Arbeitsstundenbedarf, so die insbesondere von den Gewerkschaften vertretene Position, solle entsprechend durch ebenfalls sinkende Arbeitszeiten kompensiert werden.<sup>7</sup>

Aus Sicht der Unternehmer aber bedeuten Arbeitszeitverkürzungen bei gleichem Lohn eine faktische Kostensteigerung, weshalb Gegner des Konzepts mit der Gefährdung der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit argumentieren.<sup>8</sup> Ausreichend hohes Wirtschaftswachstum kann daher gerade in der Arbeitsmarktpolitik als ‚Königsweg‘ bezeichnet werden: Wächst die Produktion mindestens so stark wie Produktivität, kommt es auch zu keinem Sinken des Arbeitsstundenbedarfs und die damit verbundenen Probleme stellen sich von vornherein nicht. Übertrifft das Wirtschaftswachstum die Produktivitäts-

fortschritte, können sogar neue Arbeitsplätze entstehen.<sup>9</sup>

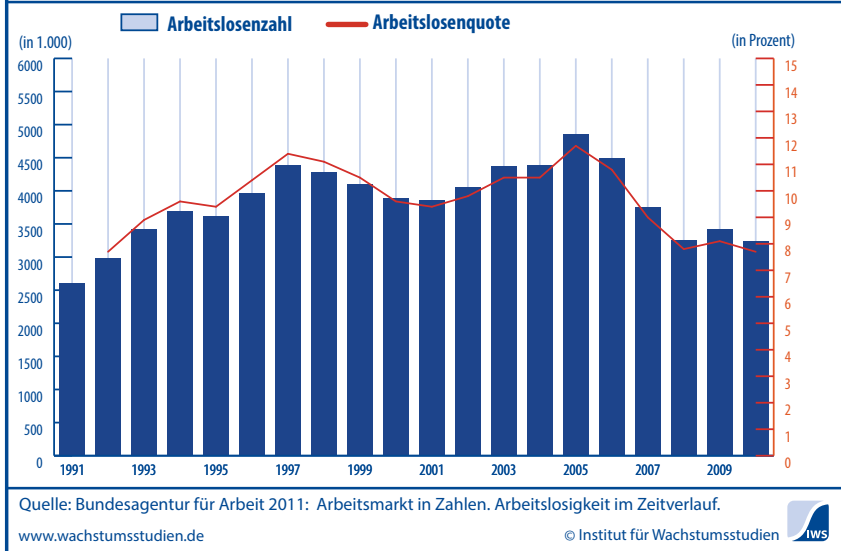
## 2 Die Beschäftigungsschwelle

Jene Wachstumsrate, die mindestens erforderlich ist, damit die Arbeitslosigkeit nicht steigt, wird als *Beschäftigungsschwelle* bezeichnet.<sup>10</sup> Liegt die Beschäftigungsschwelle beispielsweise bei 2% so wird nur ein Wachstum oberhalb dieser Rate beschäftigungswirksam. Die Beschäftigungsschwelle ist als Schlagwort sehr populär, unter anderem wohl, weil sich hierdurch komplexe Zusammenhänge stark vereinfacht darstellen lassen. Doch auch wenn der Begriff eingängig sein mag, erweist er sich bei näherer Betrachtung aus mehreren Gründen als nur begrenzt aussagekräftig.

So erweckt die unmittelbare Gegenüberstellung von Wachstumsrate und Beschäftigungsschwelle erstens den Eindruck, es handle sich bei beiden Werten um exakt messbare Größen. Doch während sich die reale Wachstumsrate des BIP tatsächlich sehr genau errechnen lässt, ist die Beschäftigungsschwelle nicht mehr als eine Schätzgröße auf der Basis eines bestimmten Modells.<sup>11</sup> Dementsprechend kommen empirische Auswertungen zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Für den Zeitraum zwischen 1990 und 2000 beispielsweise variieren die ermittelten Beschäftigungsschwellen je nach Quelle zwischen 1,1% und 2,4%.<sup>12</sup> „Ihre Beliebtheit verdankt sie möglicherweise ihren vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten. Wer nachfrageorientiert argumentiert, findet in der Beschäftigungsschwelle ein Indiz, dass die Wachstumskräfte gestärkt werden müssen. Andere erkennen die Notwendigkeit, die Schwelle durch Reformen abzusenken.“<sup>13</sup> Ähnlich wie etwa der Begriff des Qualitativen Wachstums<sup>14</sup> dürfte die Beschäftigungsschwelle daher nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Deutungsoffenheit so beliebt sein.

Zweitens suggeriert ein solcher Wert eine gewisse Kausalität, nämlich dass die Höhe des Wachstums die Höhe der Beschäftigung bestimmt. Dann allerdings, so fragen Skeptiker, bleibt die Frage offen, was denn eigentlich das Wachstum selbst antreibt.<sup>15</sup> Es lässt daher nicht sagen, ob nun mehr Wachstum zu mehr Beschäftigung führt oder mehr Beschäftigung zu mehr Wachstum.<sup>16</sup>

**Grafik 1** Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland 1991-2010



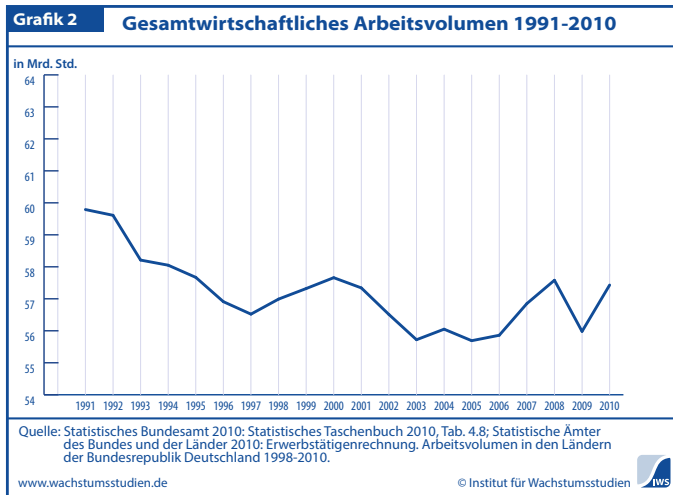
„Vor dem Hintergrund dieser nicht eindeutigen theoretischen und empirischen Beweislage ist es fragwürdig, ob [...] die Beschäftigungsschwelle als Argument in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion herangezogen werden kann.“<sup>17</sup>

Drittens schließlich muss selbst ein starkes Wirtschaftswachstum oberhalb einer wie auch immer kalkulierten Beschäftigungsschwelle nicht zwangsläufig zu einer sinkenden Arbeitslosenquote führen. „Ein Grund dafür ist, dass in einem Wirtschaftsaufschwung die Zahl der Personen, die sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, typischerweise steigt. Ein Teil der zusätzlich Beschäftigten kann daher aus der ‚stillen Reserve‘ gedeckt werden, weshalb die Menge der Arbeitslosen nicht im gleichen Umfang abnimmt, wie die Erwerbstätigen zunehmen.“<sup>18</sup>

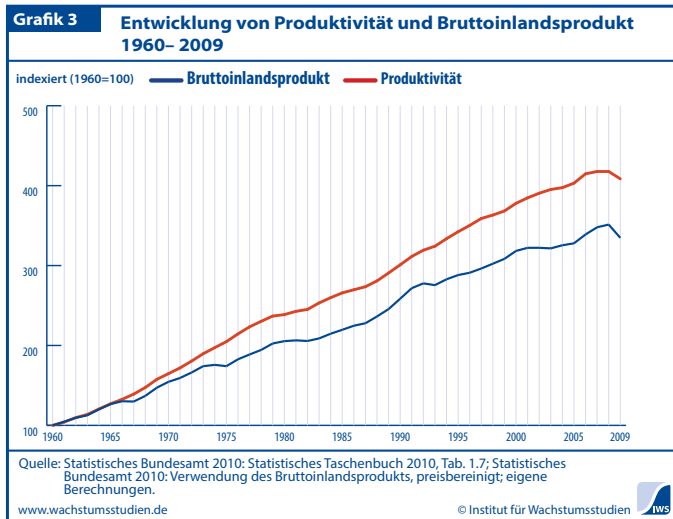
Doch auch wenn es sich bei der Beschäftigungsschwelle um einen sehr unscharfen Begriff handelt, ihre Höhe nicht exakt bestimmbar ist und sie zu monokausalen Schlüssen einlädt, bleibt es bei dem grundsätzlich bestehenden Zusammenhang von höherem Wachstum und mehr Erwerbstätigkeit.

## 3 Mehr Arbeit durch mehr Wachstum?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist seit Ende der 1990er Jahre nach einem zwischenzeitlichen Hoch von beinahe 5 Mio. Arbeitslosen im Jahre 2005 deutlich gesun-



In jedem Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg waren dies etwa 270 bis 300 Mrd. Euro. Natürlich gab es durchaus starke konjunkturelle Schwankungen, doch dieser langfristige Trend erweist sich als ausgesprochen stabil und offenbar auch weitgehend unabhängig von unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategien. Schon allein als eine Folge des Basiseffektes<sup>19</sup> sanken daher die Wachstumsraten: Von durchschnittlich 8% in den 1950er und gut 3% in den 1970er auf nur noch knapp 2% in den 1990er Jahren.<sup>20</sup> Obgleich ein solches lineares Wachstum mit typischerweise sinkenden Wachstumsraten auch im internationalen Vergleich der Normalfall ist,<sup>21</sup> interpretiert die Politik diesen Trend nach wie vor als Ergebnis von Wachstumshemmnissen, die es zu beseitigen gilt. Das Ziel, die Wachstumsraten über den linearen Trend hinaus anzuheben, konnte sie indes nicht erreichen: Bei linearer Extrapolation des bisherigen Wachstumspfades war im abgelaufenen Jahrzehnt noch mit einem relativen Wachstum von gut 1,4% pro Jahr zu rechnen. Klammert man das Krisenjahr 2009 und die anschließende Teilerholung 2010 aus, lag das tatsächliche Wachstum mit knapp 1,5% nur minimal darüber. Ein Bruch mit der bisherigen Entwicklung ist nicht erkennbar. Dementsprechend ist es auch nicht gelungen, das Arbeitsvolumen deutlich zu steigern. Im Gegenteil war die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Jahre 2010 sogar noch niedriger als noch zu Anfang der 1990er Jahre (siehe Grafik 2). Dass die Arbeitslosigkeit dennoch zurückgegangen ist, hängt daher damit zusammen, dass die Beschäftigungsschwelle deutlich gesunken ist.



ken auf gut 3 Mio. in 2010. Die Arbeitslosenquote sank von knapp 12% auf unter 8% (siehe Grafik 1). Ist es also tatsächlich gelungen, das Wirtschaftswachstum im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts deutlich zu erhöhen und so die Arbeitslosigkeit zu senken?

### 3.1 Kein höheres Wachstum...

Das IWS stellt in seiner Kernaussage dar, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland einen nur linearen Wachstumstrend aufweist. Das Bruttoinlandsprodukt stieg daher im Mittel nicht um konstante prozentuale Zuwächse, sondern nur um konstant absolute Beträge.

### 3.2 ...sondern eine niedrigere Beschäftigungsschwelle

Die im Trend sinkende Beschäftigungsschwelle ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass auch die Produktivitätszuwächse einen nur linearen Verlauf nehmen (Grafik 3). Der Basiseffekt wirkt sich auch hier aus, dementsprechend sinkt die ebenfalls in Prozenten angegebene Beschäftigungsschwelle. Im direkten Vergleich mit dem BIP wird jedoch zugleich deutlich, dass die Produktivität steiler ansteigt als die Produktion – mit den entsprechenden Folgen für das Arbeitsvolumen.

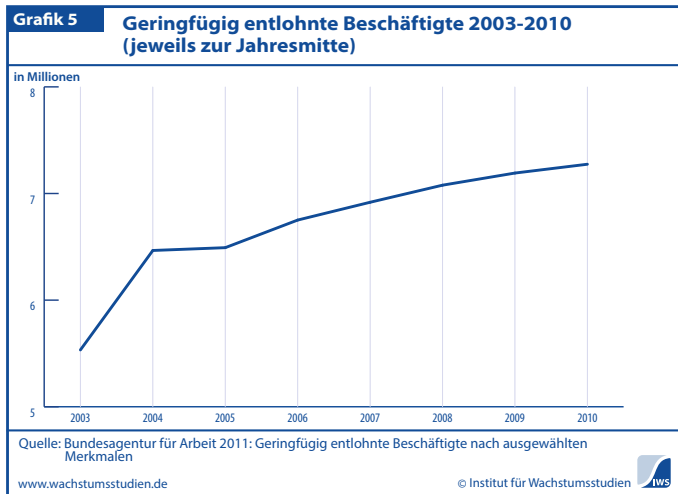
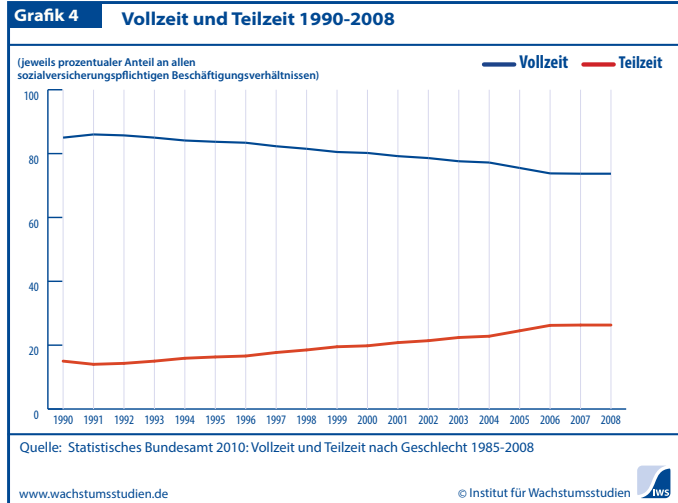
Abgesehen von einer im Trend somit ohnehin sinkenden Beschäftigungsschwelle hat die Politik in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren Reformen durchgeführt, die die Schwelle gezielt senken sollten. Gefordert wurden in diesem Zusammenhang beispielsweise Lohnzurückhaltung, Lockerung des Kündigungsschutzes, stärkere Abweichungen von Tarifverträgen, verschärfte Zumut-

barkeitsregeln für Arbeitslose und allgemein eine Deregulierung des Arbeitsmarktes.<sup>22</sup> Diese Politik begünstigt eine Entwicklung, die weg von dem so genannten Normalarbeitsverhältnis<sup>23</sup> und hin zu mehr atypischer Beschäftigung führt. Betroffen sind dabei insbesondere die neu geschaffenen Arbeitsplätze und solche für geringqualifizierte Beschäftigte. So ist die Zahl der Normalarbeitnehmer in den zehn Jahren zwischen 1998 und 2008 zwar nur um gut 3% zurückgegangen, gleichzeitig aber hat die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um knapp 46% zugenommen (siehe Tabelle 1).

Ein Teil der wachsenden atypischen Beschäftigung entfällt auf nur befristet abgeschlossene Arbeitsverträge (zwischen 1998 und 2008: +44%).<sup>24</sup> Wie Grafik 4 illustriert gab es langfristig zudem eine deutliche Verschiebung hin zu mehr Teilzeit: Hatten 1990 noch 85% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine Vollzeitstelle, waren es 2008 nur noch knapp 74%. Spiegelbildlich dazu stieg der Anteil der Teilzeit von 15% auf gut 26%.

An Bedeutung gewonnen hat darüber hinaus gerade in den letzten Jahren die geringfügige Beschäftigung. Im Jahre 2010 waren 7,2 Mio. Personen in einem solchen nicht versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis (siehe Grafik 5). Davon hatten nur etwa 2,4 Mio. Personen eine weitere Arbeitsstelle, für die übrigen war dies das einzige Erwerbseinkommen.<sup>25</sup>

Deutlich angestiegen ist zudem die Zahl der so genannten „Solo-Selbständigen“, also die Zahl der Selbständigen ohne Angestellten (zwischen 1998 und 2008 um gut 27%).<sup>26</sup> Zu einer sinkenden Beschäftigungsschwelle dürfte schließlich auch die Lohnzurückhaltung beigetragen haben: Während das reale BIP seit 1991 um

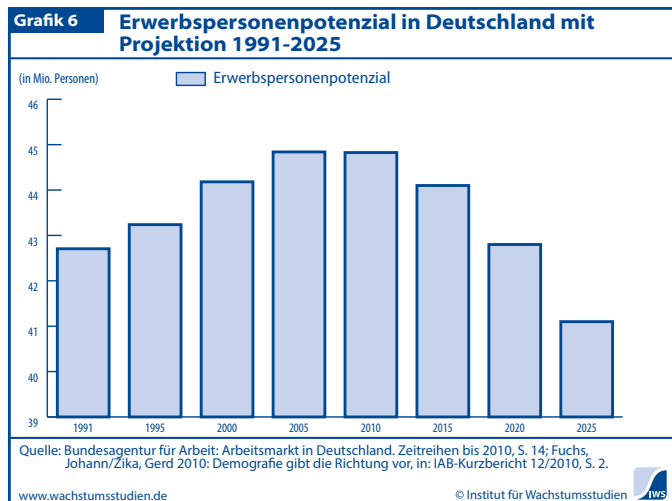


**Tabelle 1**

## Erwerbstätige<sup>a)</sup> in unterschiedlichen Erwerbsformen 1998 und 2008 (in 1.000)

	1998	2008	Veränderung 1998-2008
<b>Insgesamt</b>	32.680	34.730	6,3%
<b>Abhängig Beschäftigte</b>	29.000	30.650	5,7%
davon:			
<b>Normalarbeitnehmer/-innen</b>	23.710	22.930	-3,3%
<b>atypisch Beschäftigte</b>	5.290	7.720	45,9%
<b>Solo-Selbständige</b>	1.650	2.100	27,3%

Quelle: Statistisches Bundesamt (2009).



knapp 28% gewachsen ist, sind die realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Schnitt sogar etwas gesunken.<sup>27</sup>

Es ist auch im vergangenen Jahrzehnt nicht gelungen, den langfristigen linearen Wachstumstrend zu verlassen. Dementsprechend wurde auch keine Arbeit durch Wachstum geschaffen, sondern vielmehr die vorhandene Arbeit auf mehr Köpfe verteilt.<sup>28</sup> Dies allerdings geschah nicht mittels tariflich vereinbarter Arbeitszeitverkürzung, sondern insbesondere durch eine immer größere Zahl an atypischen Beschäftigungsverhältnissen mit unzureichender sozialer Absicherung. Auch wenn das Normalarbeitsverhältnis nach wie vor als Regelfall bezeichnet werden kann, ist der Preis für die sinkende Arbeitslosigkeit daher ein zunehmend von Unsicherheiten und Niedriglöhnen geprägter Arbeitsmarkt.

## 4 Der demographische Wandel

Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Zahl der potentiellen Erwerbspersonen bis 2025 um rund 7 Millionen abnehmen. Dieser Rückgang wird teilweise kompensiert werden können durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern. Dennoch rechnet das IAB mit einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials von aktuell rund 44,8 auf dann 41,1 Millionen.<sup>29</sup> Gleichzeitig wird der Bedarf nach Arbeitskräften kaum zurückgehen. Im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit ist dies zunächst einmal eine positive Entwicklung, bedeutet dies doch, dass die Unterbeschäftigung schon alleine

aufgrund des demographischen Wandels sinken könnte. Dies aber setzt natürlich voraus, dass es keine Diskrepanz gibt zwischen dem Arbeitsangebot einerseits und der Arbeitsnachfrage andererseits.<sup>30</sup> Schon ein Blick auf den derzeitigen Arbeitsmarkt zeigt jedoch, dass genau diese Gefahr besteht: Gesucht werden derzeit mittel- und hochqualifizierte Fachkräfte, arbeitslos sind jedoch vor allem Geringqualifizierte.<sup>31</sup>

Damit aber verkehrt sich der Zusammenhang von Wachstum und Arbeit in sein Gegenteil. Nun stellt sich nicht mehr die Frage, ob das Wachstum ausreichend hoch ist, um Arbeitsplätze zu schaffen, sondern ob es ausreichend viele qualifizierte Arbeitskräfte gibt, um das vorhandene Wachstumspotential ausschöpfen zu können. War somit schon bisher eine auf höherem Wirtschaftswachstum ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik wenig erfolgsversprechend, erscheint diese angesichts des demographischen Wandels künftig noch weniger sinnvoll: Denn erstens wurde oben gezeigt, weshalb es unwahrscheinlich ist, wieder dauerhaft höhere Wachstumsraten erreichen zu können, wäre es dafür doch notwendig, den langfristigen linearen Wachstumspfad zu verlassen.

Doch selbst wenn dies wider Erwarten gelänge, muss zweitens beachtet werden, welche Gruppe der Arbeitslosen hiervon profitieren könnte: Ein immer größerer Teil der Wirtschaftsleistung wird durch entsprechend qualifizierte Fachkräfte erwirtschaftet.<sup>32</sup> Ein stärkeres Wachstum gerade dieser Wirtschaftsbereiche würde dementsprechend lediglich dazu führen, dass der Bedarf nach bestimmten Fachkräften steigt, jedoch keine zusätzliche Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitslosen schaffen. Angesichts des heute bereits bestehenden und sich in Zukunft wohl noch verschärfenden Fachkräftemangels ist ein höheres Wirtschaftswachstum also einerseits – nämlich im Hinblick auf die Hochqualifizierten – nicht unbedingt erforderlich und andererseits – nämlich im Hinblick auf die Niedrigqualifizierten – wenig wirksam.

## 5 Fazit

Zugespitzt lässt sich also formulieren: Ein dauerhaft höheres Wachstum ist sehr unwahrscheinlich und falls es doch einträte, dürfte es vor allem den Marktwert derjenigen erhöhen, die ohnehin am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Zumindest im Hinblick auf die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sollte sich die Politik daher von den Versuchen verabschieden, „Arbeit durch

Wachstum' schaffen zu wollen und stattdessen ‚Arbeit durch Bildung‘ in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. Zwar ist die Forderung nach mehr Investitionen in Bildung mittlerweile parteiübergreifender Konsens, doch gerade in der Arbeitsmarktpolitik dominiert eine auf kurzfristige Erfolge abzielende Strategie. So konzentriert die Bundesagentur für Arbeit ihre Qualifizierungsmaßnahmen auf diejenigen Arbeitslosen, die ohnehin nur geringe Defizite aufweisen und die am schnellsten wieder in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden können. Arbeitslose hingegen, die zunächst auf eine langfristige und damit teure Unterstützung angewiesen wären, erhalten diese Hilfen nur nachrangig. Dies gilt insbesondere für Bezieher von Arbeitslosengeld II, die oftmals in Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) vermittelt werden, bei denen die Weiterqualifizierung eine nur sehr untergeordnete Rolle spielt.

„Die ‚Bestenauslese‘ findet sich somit nicht mehr nur als unerwünschter Effekt in der Programmumsetzung, sondern ist nun selbst integraler Bestandteil der (neuen) Programme in der Arbeitsmarktpolitik geworden [...].“<sup>433</sup> Dass eine arbeitsmarktpolitisch wirksame Bildungspolitik ohnehin einen noch weitaus längeren Atem haben müsste, zeigt eine Studie der OECD. Diese kommt zu dem Schluss, dass der Staat seine Mittel stärker auf Kinder in ihren ersten Lebensjahren konzentrieren sollte, denn diese seien entscheidend für die späteren Leistungen.<sup>34</sup> Bis diese Kinder allerdings auf dem Arbeitsmarkt ankommen und sich die Investition auszahlt, dauert lange. Für die Politik ist es daher sehr verführerisch, den Verheißungen eines vermeintlich rasch erreichbaren höheren Wachstums nachzugeben – sei es auch unwahrscheinlich, dass sich auf diese Weise die Probleme am Arbeitsmarkt lösen lassen.

\* Der Text ist als Weiterentwicklung des Aufsatzes „Arbeit durch Wachstum?“ angelegt, der in der ersten Ausgabe 1 (2005) erschienen ist.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. etwa „Mit welchen Rezepten“, in: Focus v. 17.08.09.
- 2 Paqué (2010), S. 190.
- 3 Vgl. Mankiw/Wagner (2004), S. 587.
- 4 Statistisches Bundesamt (2010), Tab. 1.7; eigene Berechnungen.
- 5 Mankiw etwa formuliert sehr allgemein: „Die Unterschiede der Lebensstandards sind fast gänzlich den nationalen Unterschiede der Produktivität zuzurechnen [...]. In Staaten, in denen die Beschäftigten eine große Gütermenge pro Zeiteinheit herstellen können, erfreuen sich die meisten Menschen eines hohen Lebensstandards; in Staaten mit weniger produktiven Arbeitskräften [...] müssen die Menschen bescheidenere Lebensbedingungen ertragen“ (vgl. Mankiw/Wagner (2004), S. 14).
- 6 Vgl. „Arbeitszeit-Verkürzung: Rettende Rettung“, in: Der Spiegel (1977).
- 7 Vgl. Rinderspacher, S. 2-3.
- 8 Vgl. Siebert (2005), S. 121-124.
- 9 Vgl. Pusse (2002).
- 10 Hierbei sind zwei Einschränkungen zu machen: Erstens sind ein Teil der Beschäftigten in einem Unternehmen feste Stammarbeitskräfte die aufgrund des Kündigungsschutzes nicht einfach entsprechend der Konjunkturlage entlassen und wieder eingestellt werden können. In der Rezession werden Beschäftigte daher verzögert und unterproportional zum Produktionsrückgang entlassen, dafür aber im Aufschwung zunächst das vorhandene unterbeschäftigte Personal ausgelastet, bevor neues eingestellt wird. Aus diesem Grund kann es zu einer zeitweisen Entkopplung von Wachstum und Beschäftigung kommen. Zweitens ist eine Änderung der Beschäftigtenzahl nicht mit der Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gleichzusetzen, denn die neu Beschäftigten können auch aus der Gruppe der nicht gemeldeten Arbeitslosen (sog. „stille Reserve“) kommen oder zuvor in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht gewesen sein (vgl. dazu Priewe (1998), S. 3; Schirwitz (2005), S. 35).
- 11 Vgl. Pusse (2002), S. 72.
- 12 Vgl. Schirwitz (2005), S. 36.
- 13 Schäfer (2005), S. 10.
- 14 siehe Bourcarde/Tripp (2006).
- 15 Schäfer, in: sueddeutsche.de v. 01.02.2006.
- 16 Vgl. Allmendinger/Eichhorst/Walwei (2005), S. 56-58.
- 17 Schäfer (2005), S. 10; vgl. dazu auch Pusse (2002).
- 18 Schirwitz (2005), S. 35.
- 19 Mit „Basiseffekt“ ist hier der einfache Zusammenhang gemeint, dass ein stets gleich bleibender absoluter Zuwachs bei steigendem Ausgangswert zu immer niedrigeren relativen Wachstumsraten führt.
- 20 Vgl. Institut für Wachstumsstudien (2008).
- 21 Vgl. Bourcarde/Herzmann (2006).
- 22 Vgl. dazu nur beispielhaft Walter/Deutsch (2004) oder Siebert (2005).
- 23 Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein Beschäftigungsverhältnis verstanden, das voll sozialversicherungspflichtig, mit mindestens der Hälfte der üblichen vollen Wochenarbeitszeit und mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag ausgeübt wird. Ein Normalarbeitnehmer arbeitet direkt in dem Unternehmen, mit dem er einen Arbeitsvertrag hat, was bei Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern nicht der Fall ist. Von atypischen Beschäftigungsformen wird gesprochen, wenn eines oder mehrere dieser Kriterien nicht erfüllt sind. Dazu zählen neben der Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen sowie befristete Beschäftigungen.

- 24 Statistisches Bundesamt (2009).
- 25 Bundesagentur für Arbeit (2010).
- 26 Hierzu dürften auch neue Förderinstrumente beigetragen haben, die Arbeitslosen einen Anreiz bieten sollen, ihre Arbeitslosigkeit durch die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung zu beenden, so etwa der „Gründungszuschuss“ nach § 57 SGB III.
- 27 Statistisches Bundesamt (2010), Tab. 1.15; vgl. auch Brenke (2009).
- 28 Vgl. Reuter/Keynes/Leontief (2007), S. 40-42.
- 29 Vgl. Fuchs/Zika (2010), S. 2-3.
- 30 Vgl. Fuchs/Zika (2010), S. 1, 5, 8.
- 31 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (2011).
- 32 Vgl. Reinberg (2006), S. 28.
- 33 Bäcker/Neubauer (2008), S. 515.
- 34 Vgl. „Lernen in der Kita: Je früher, desto besser“, in: Süddeutsche Zeitung v. 28.04.2011.

## Quellen

- Allmendinger, Jutta / Eichhorst, Werner / Walwei, Ulrich: IAB-Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen Daten Fakten, Frankfurt / Main (u.a.) 2005.
- Arbeitszeit-Verkürzung: Rettende Rechnung?, in: Der Spiegel, Nr. 5, 1977, S. 20-28.
- Bäcker, Gerhard / Neubauer, Jennifer: Soziale Sicherung und Arbeitsförderung bei Armut durch Arbeitslosigkeit, in: Huster/Boeckh/Mogge-Grotjahn: Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden 2008, S. 501-522.
- Berth, Felix: Lernen in der Kita: Je früher, desto besser, in: Süddeutsche Zeitung v. 28.04.2011, URL: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/oecd-untersuchung-zu-bildung-lernen-in-der-kita-je-frueher-desto-besser-1.1090059> (30.04.2011).
- Blazejczak, Jürgen: Zukunftsgestaltung ohne Wirtschaftswachstum? Diskussionspapier Nr. 168, 1998, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).
- Bourcarde, Kay / Herzmann, Karsten: Normalfall exponentielles Wachstum? – ein internationaler Vergleich, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 2, 2006, S. 4-10.
- Bourcarde, Kay / Tripp, Christian: Ausweg qualitatives Wachstum?, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 2, 2006, S. 25-27.
- Brenke, Karl: Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 33, 2009, S. 550-560.
- Bundesagentur für Arbeit: Geringfügig entlohnte Beschäftigte. Zeitreihe, Nürnberg 2010, URL: [http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/aktuell/iiiia6/sozbe/zr\\_geb\\_alterd.xls](http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/aktuell/iiiia6/sozbe/zr_geb_alterd.xls) (30.4.2011).
- Fuchs, Johann / Zika, Gerd: Demografie gibt die Richtung vor, in: IAB Kurzbericht, Nr. 12, 2010.
- Hagen, Hans von der: Wachstum und Arbeit – Auf der Suche nach der Beschäftigungsschwelle. Interview mit Holger Schäfer, in: sueddeutsche.de v. 01.02.2006, URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/wachstum-und-arbeit-auf-der-suche-nach-der-beschaeftigungsschwelle-1.515026> (15.4.2011).
- Huster, Ernst-Ulrich / Boeckh, Jürgen / Mogge-Grotjahn, Hildegard: Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung, Wiesbaden 2008.
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Jeder fünfte Geringqualifizierte ist arbeitslos, 2011, URL: [http://doku.iab.de/grauemap/2011/Quali\\_Alo-Quoten\\_1975-2009.pdf](http://doku.iab.de/grauemap/2011/Quali_Alo-Quoten_1975-2009.pdf) (15.04.2011).
- Institut für Wachstumsstudien: Kernaussage des Instituts für Wachstumsstudien. Edition 2008, in: Zeitschrift für Wachstumsstudien, Nr. 4, 2008, S. 4-8.
- Kleinhenz, Gerhard: IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2002.
- Mankiw, Nicholas Gregory / Wagner, Adolf: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 3. Auflage, Stuttgart 2004.
- „Mit welchen Rezepten“. Interview mit Angela Merkel, in: Focus v. 17.08.09, Ausgabe 34.
- Paqué, Karl H.: Wachstum!, München 2010.
- Priewe, Jan: Beschäftigungsprobleme in einer stationären Volkswirtschaft, in: Blazejczak (1998), S. 1-24.
- Pusse, Leo: Die Beschäftigungsschwelle als zentrale Determinante der Erwerbstätigkeit, in: Kleinhenz, Gerhard (Hg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2002, S. 71-78.
- Reinberg, Alexander: Demografischer Wandel und Fachkräftemängel: Gering Qualifizierte als vernachlässigte Bildungsreserve, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), 2006.
- Reuter, Norbert / Keynes, John Maynard / Leontief, Wassily W.: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, 2. Auflage, Marburg 2007.
- Rinderspacher, Jürgen: Arbeitszeitpolitik gegen Arbeitslosigkeit? Strategien zwischen Wachstum und Umverteilung, URL: [http://spreeborn.de/politik/files/nw/gocht/rinderspacher\\_studie.pdf](http://spreeborn.de/politik/files/nw/gocht/rinderspacher_studie.pdf) (19.4.2011).
- Schäfer, Holger: Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen – Interpretation und internationaler Vergleich, in: IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Nr. 2, 2005.
- Schirwitz, Beate: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung – die Beschäftigungsschwelle, in: ifo Dresden berichtet, Nr. 3, 2005, S. 34-37.
- Siebert, Horst: Jenseits des sozialen Marktes. Eine notwendige Neuorientierung der deutschen Politik, München 2005.
- Statistisches Bundesamt 2010: Statistisches Taschenbuch 2010, Wiesbaden.
- Walter, Norbert / Deutsch, Klaus Günther: Mehr Wachstum für Deutschland. Die Reformagenda, Frankfurt/Main (u.a.) 2004.